

„Zentralistisch diktierte Staatsmedizin“

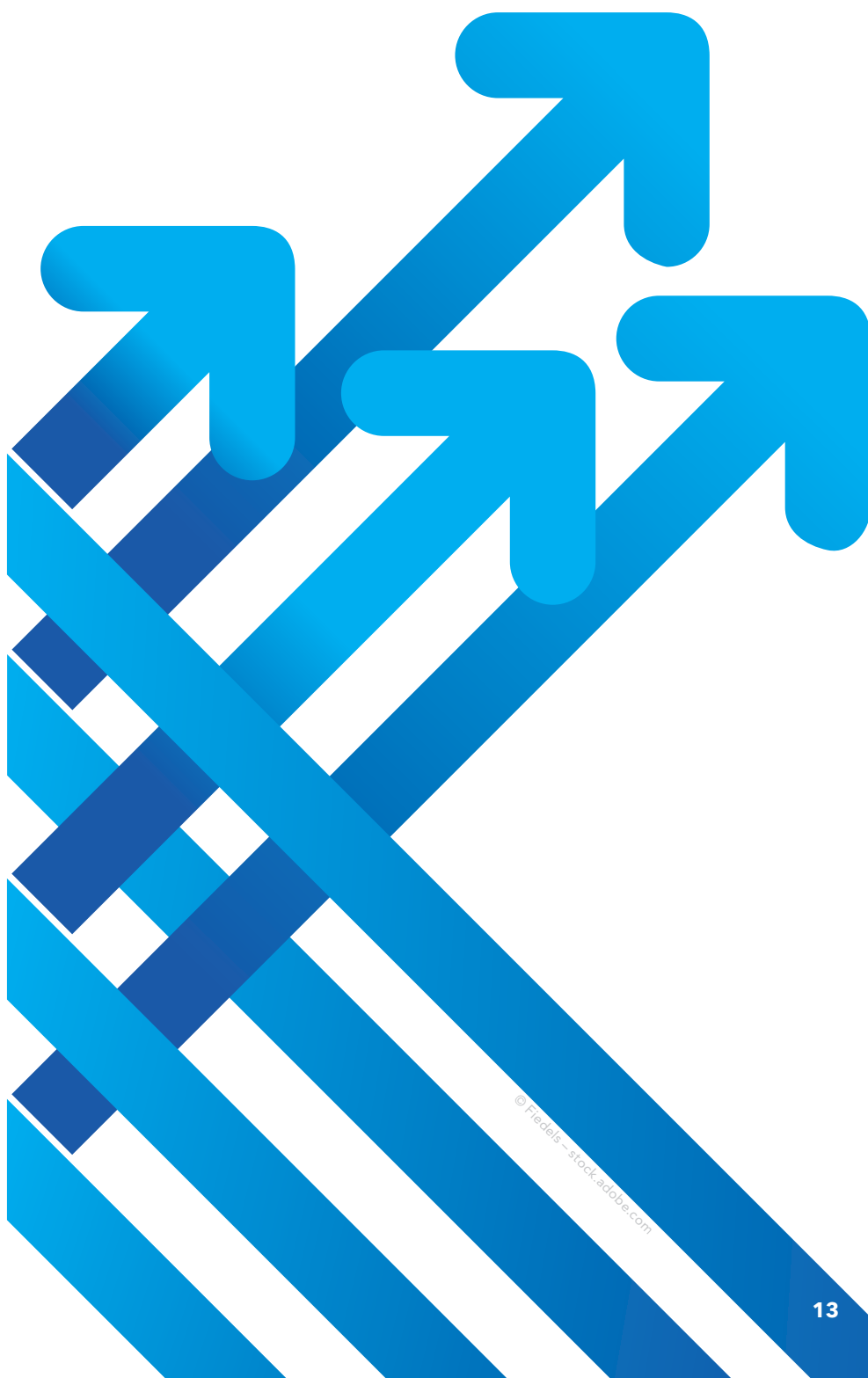
Vertragszahnärzte fordern Kurswechsel in der Gesundheitspolitik

Von der zweitägigen Vertreterversammlung (VV) der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung (KZVB) Anfang Juni ging ein klares Signal aus: Die Delegierten forderten die Bundesregierung und insbesondere den Bundesgesundheitsminister auf, in der Gesundheitspolitik umgehend einen Kurswechsel einzuleiten. Aktuelle Fehlentwicklungen in der zahnärztlichen Versorgung müssten endlich gebremst und korrigiert werden. Sonst drohe ein Praxissterben.

Die Standespolitiker sind sich einig, dass wichtige Versorgungsentscheidungen zurück in die Hände der Selbstverwaltung gegeben werden müssten. Für eine wohnortnahe und flächendeckende Versorgung brauche es adäquate Rahmenbedingungen, die eine Niederlassung in eigener Praxis, insbesondere in ländlichen und strukturschwachen Räumen, nachhaltig fördern und finanzielle Planungssicherheit garantieren. Dazu gehöre auch, die Behandlung von Parodontitis extrabudgetär zu vergüten. Dringenden politischen Handlungsbedarf sieht die VV auch an anderen Stellen: Eine überbordende Bürokratie und eine praxisuntaugliche Digitalisierungsstrategie provozierten vorzeitige Praxisschließungen und halten den Zahnarznachwuchs immer mehr von einer Niederlassung ab.

Martin Hendges, Vorsitzender des Vorstands der KZVB: „Das Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz bietet der Ampel die wahrscheinlich letzte Chance, noch in der laufenden Legislaturperiode das Ruder in Richtung einer präventionsorientierten zahnmedizinischen Versorgung herumzureißen. Hält Minister Lauterbach aber an seinen radikalen Vorhaben fest, unsere bewährten Strukturen in Richtung einer am Reißbrett geplanten zentralistisch diktierten Staatsmedizin reformieren zu wollen, gefährdet dies die Gesundheit unserer Patientinnen und Patienten. Daher darf die Handlungsfähigkeit der Selbstverwaltung nicht weiter ausgehöhlt werden!“

Im Referentenentwurf zum Gesundheits-Digitalagentur-Gesetz (GDAG) sieht die KZVB zwar einige positive Ansätze, übt aber Kritik am zunehmenden Einfluss der Gematik, der weit über die Betriebsver-



antwortung für die Telematik-Infrastruktur (TI) hinausgeht. Die Digitalagentur an den Verhandlungen der Selbstverwaltung beteiligen zu wollen hieße, in deren originäre Belange eingreifen zu können. Die KZBV fordert, die Rolle der Selbstverwaltung in der Digitalisierung des Gesundheitswesens stattdessen deutlich zu stärken und die Expertise derjenigen einzubeziehen, die täglich die Versorgung gestalten.

Dr. Karl-Georg Pochhammer, stellvertretender Vorsitzender des Vorstands der KZBV: „Die Politik muss sich viel stärker auf das fokussieren, was Zahnärztinnen und Zahnärzte bei der Digitalisierung ihrer Prozesse tatsächlich benötigen: eine stabile TI, praxistaugliche Anwendungen und mehr Einflussmöglichkeiten der Selbstverwaltung.“ Sanktionen, um praxisferne Anwendungen in die Versorgung zu zwingen, seien völlig kontraproduktiv. Die geplante Ausweitung der Befugnisse der gematik im Gesundheits-Digitalagentur-Gesetz ist in Pochhammers Augen mehr als kritisch. Man fordere ja schon lange, dass die gematik laut dem Referentenentwurf endlich mehr Verantwortung für einen stabilen Betrieb der TI übernehmen solle. So sei es begrüßenswert, dass sie auch künftig mehr Durchgriffsrechte zur TI-Stabilisierung erhalte. Unverständlich sei es jedoch, dass das Bundesgesundheitsministerium die Aufgaben und Rechte der gematik darüber hinaus deutlich erweitert und bereits eine erneute Vergrößerung des Kompetenzbereiches ankündigt.

„Der Fokus der Digitalagentur muss auf der Steuerung des Betriebes der TI und dem stabilen und funktionalen Bereitstellen der Basistechnologien liegen. [...] Die gematik muss sich jetzt vorrangig um den Betrieb der TI kümmern, nicht um die Entwicklung immer neuer Dienste und Anwendungen.“

Auch bei den technischen Standards bei (zahn-)medizinischen Daten zum interdisziplinären Austausch oder zur Unterstützung der elektronischen Patientenakte über die Grenzen der Praxisverwaltungssysteme (PVS) hinweg wird von der Politik eine praktikable Vorgehensweise gefordert.



Die KZV Bayern war bei der Vertreterversammlung der KZBV stark vertreten. Neben dem gesamten Vorstand machte auch Dr. Jürgen Welsch (links) als stellvertretender Vorsitzender der VV der KZBV seinen Einfluss geltend. Als weitere Delegierte der KZVB nahmen Dr. Christian Öttl, Dr. Dr. Frank Wohl und Dr. Axel Wiedenmann an der Sitzung teil.

Dr. Ute Maier, stellvertretende Vorsitzende des Vorstands der KZBV: „Grundsätzlich unterstützen wir eine stärkere Interoperabilität im Gesundheitswesen. Das mit dem Digitalgesetz neu aufgesetzte Zertifizierungsverfahren für PVS-Hersteller muss sich aber erst noch beweisen.“ Das Drohen mit Abrechnungsverboten sei an dieser Stelle das völlig falsche Signal. Maier fordert für die Praxen

zwingend eine Bürokratieentlastung. „Die KZBV ist bereit, ihr Expertenwissen einzubringen, damit der wichtige Themenkomplex Interoperabilität im Versorgungsalltag positiv sowohl von den Praxen als auch von den Patientinnen und Patienten wahrgenommen werden kann.“

Redaktion



In mehreren Beschlüssen forderten die Delegierten einen Kurswechsel in der Gesundheitspolitik. Wenn nicht gehandelt werde, sei die flächendeckende Versorgung gefährdet.